

Stellungnahme

Eine Jugendstrategie für alle jungen Menschen in Europa

Abstract

Mit dieser Stellungnahme gibt die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. Hinweise zur Entwicklung und Umsetzung einer neuen EU-Jugendstrategie ab 2019. Zentrales Ziel der neuen Strategie muss es sein, die Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Europa zu verbessern, insbesondere wenn sie schlechte Ausgangsbedingungen oder wenig Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt haben. Eine aktive Bürgerschaft, europäische Mobilität und das Engagement aller jungen Menschen ist eine wesentliche Zukunftsvoraussetzung für ein vielfältiges und demokratisches Europa.

„Wir sind an allen Ideen interessiert, um die beste EU-Jugendstrategie aller Zeiten zu gestalten“ Tibor Navracsics, Jugendkommissar der EU, Mai 2017

Die aktuelle Periode der EU-Jugendstrategie (2014-2018) endet mit diesem Jahr. Bis 2019 sollen ein neuer jugendpolitischer Rahmen für Europa gestaltet und eine erneuerte Jugendstrategie abgestimmt werden. Inzwischen haben die Planungen für diese Strategie in Europa und in den Mitgliedstaaten Fahrt aufgenommen. Zurzeit besteht die Möglichkeit Ziele, Arbeitsformen und Themen vorzuschlagen und europaweit zu diskutieren. Die BAG KJS begrüßt den politischen Willen der EU, erneut Eckpfeiler für eine gemeinsame Jugendpolitik zu formulieren und der Jugend in Europa zukünftig eine größere Bedeutung beizumessen. Mit dem Ziel eine gute Wirkkraft für die neue Strategie zu erreichen, bringt die BAG KJS nun die Perspektive der Jugendsozialarbeit und ihrer Zielgruppen in den laufenden Strategiebildungsprozess ein.

Allen jungen Menschen Teilhabe an und in Europa ermöglichen

2009 wurde die „EU-Jugendstrategie“ als „Erneuerter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)“ vom Rat der Europäischen Union verabschiedet. Sie zielt auf Chancengleichheit für junge Menschen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Förderung von gesellschaftlichem Engagement, sozialer Eingliederung und Solidarität. Hierzu wurden acht Aktionsfelder für die jugendpolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU formuliert: Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Partizipation, Freiwilligentätigkeit, Soziale Eingliederung, Jugend in der Welt, Kreativität und Kultur. In Deutschland haben sich Bund und Länder bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf nationaler Ebene auf drei Themenkorridore konzentriert: die Gestaltung von Übergängen von der Schule in den Beruf, die Partizipation junger Menschen und die verbesserte Anerkennung nonformaler Bildung.

Mitgliedsorganisationen Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesstelle e.V.; Deutscher Caritasverband e.V.; Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos; IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit – Deutschland e.V.; Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM); Kolpingwerk Deutschland – Bundesverband; Sozialdienst Katholischer Frauen, Zentrale e.V.; Verband der Kolpinghäuser e.V.; Sieben Landesarbeitsgemeinschaften in: Baden-Württemberg; Bayern; Berlin/Brandenburg; Nordrhein-Westfalen; Niedersachsen/Bremen/Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern; Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland; Thüringen

Die BAG KJS unterstützt das Bestreben der Europäischen Union, Jugendpolitik über das Jahr 2018 hinaus auf der europäischen Ebene zu gestalten und den einzelnen Mitgliedstaaten eine Orientierung für die nationale Umsetzung zu geben. Die umfassende Teilhabe und das Engagement aller jungen Menschen europaweit ist eine wesentliche Zukunftsvoraussetzung für ein solidarisches Europa.

Als katholische Jugendsozialarbeit begrüßen wir alle Überlegungen für eine zukünftige Jugendpolitik in Europa, die noch stärker gemeinsame Werte, die europäische Bürgerschaft und auch die sozialen Rechte junger Menschen in den Mittelpunkt stellt. Für die Katholische Jugendsozialarbeit ist es zentral, dass die Teilhabe und Bildung der jungen Menschen tatsächlich verbessert wird, die von Exklusion und Diskriminierung betroffen oder bedroht sind, so etwa von jungen Geflüchteten und – in Anlehnung ihres gesetzlichen Auftrags nach § 13 SGB VIII – Jugendlichen die, sozial benachteiligt werden oder individuell beeinträchtigt sind.

„Ein soziales Europa muss allen Kindern und Jugendlichen Chancen und Potentiale für ein gelingendes Aufwachsen bieten. Ein soziales Europa darf es nicht hinnehmen, dass das Wohlbefinden junger Menschen davon abhängt, in welchem Land sie geboren sind.“ Europapolitischer Zwischenruf der AGJ¹

Die BAG KJS orientiert sich mit ihren Forderungen und Vorschlägen immer auch an der Umsetzbarkeit der europäischen Ziele in der Praxis der pädagogischen und sozialen Arbeit. Deshalb steht die Frage, inwiefern junge Menschen, die durch Chancengleichheit und Armut benachteiligt werden, durch eine europäische Jugendstrategie unmittelbar profitieren, wie sie besser erreicht, beteiligt und gestärkt werden können, im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Für die Jugendsozialarbeit in katholischer Trägerschaft sind für eine zukünftige EU-Jugendstrategie folgende Kernelemente unverzichtbar:

- Junge Menschen müssen auf der europäischen, der nationalen und der lokalen Ebene umfassend beteiligt und nicht nur nicht nur „angehört“ werden. Die direkte Einbindung der Selbstorganisationen, beispielsweise der Jugendverbände und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure, ist zu gewährleisten. Um adäquate Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche zu erreichen, sind mehr Ressourcen und neue Zugänge für „barrierefreie“ Beteiligungsprozesse erforderlich.
- Die Ermöglichung transnationaler Mobilität insbesondere für benachteiligte Jugendliche muss zum vordringlichen Ziel der jugendpolitischen Strategien auf europäischer bzw. jeweils nationaler Ebene werden. Hierzu ist eine ausgeweitete und gesicherte finanzielle Förderung unabdingbar. Darüber hinaus sind verlässliche Stützstrukturen notwendig, die eine Einbeziehung benachteiligter junger Menschen in grenzüberschreitende Maßnahmen gewährleisten. Die Jugendsozialarbeit ist in der Lage, solche Strukturen wirkungsvoll und dauerhaft bereitzustellen. Voraussetzung ist aber auch hier eine ausreichende finanzielle Grundlage.
- Nonformale und informelle Bildungsprozesse junger Menschen müssen stärker gewichtet und anerkannt werden. Nötig ist die faktische Durchsetzung und Anwendung eines europäischen Referenzsystems und der nationalen Qualifikationsrahmen zur Anerkennung erworbener Qualifikationen und Kompetenzen.
- Gerade junge Menschen befinden sich in unterschiedlichster Weise in Übergangsprozessen. Deshalb war es richtig, die bessere Gestaltung von Übergängen in die Arbeitswelt durch die Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit auf der nationalen Ebene in den Focus zu nehmen. Fragen einer guten Übergangsgestaltung – unter der besonderen Berücksichtigung

¹ AGJ 2017: Europapolitischer Zwischenruf: Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Europa verteidigen! Europa mit einer jugend- und bildungspolitischen Agenda erneuern! Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

sichtigung informell und nonformal erworbener Kompetenzen – gilt es zukünftig weiter zu verfolgen und zu einem gemeinsamen Schwerpunkt in Europa werden zu lassen.

- Auf der Programmebene ist ein vereinfachter und unbürokratischer Zugang zu den europäischen Förderprogrammen – vor allem zum Bildungs- und Jugendprogramm Erasmus+ und den EU-Förderprogrammen, die für die berufliche Integration junger Menschen eine wichtige Ressource darstellen – zu schaffen. Originäre Jugendprogramme auf der nationalen Ebene wie „Jugend in Aktion“, die Schwerpunkte wie Jugendarbeit, informelle und politische Bildung sowie Partizipation verfolgt, sind dabei unabdingbar, um die Ziele der EU Jugendstrategie zu erreichen. Ihr Budgetanteil muss deutlich erhöht werden. In Deutschland z. B. liegt der Anteil des Jugendprogramms bisher nur bei 10 % (bei 20 % aller Teilnehmenden) des Gesamtprogramms von Erasmus +.

Die bisherige EU-Jugendstrategie zeigt das große Potential von grenzüberschreitender Lernmobilität und des „Voneinander Lernens“ in Europa für die jugendpolitische und soziale Entwicklung in Europa. Es gilt nun an diesen Erfahrungen anzuknüpfen und diese Begegnungen allen jungen Menschen zu ermöglichen. Die europäische Jugendpolitik muss daher als Querschnittspolitik in den Feldern Bildung, Ausbildung und Beschäftigung weiter entwickelt werden. Weitere Schwerpunktthemen mit hoher Bedeutung für die Lebenslagen und Chancen junger Menschen in Europa sind für uns Inklusion, Migration und Digitalisierung.

Es liegt in der Verantwortung der nationalen Jugendpolitik(en), die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die formulierten Ziele der EU-Jugendstrategie noch stärker vor Ort, in den Regionen und Ortschaften, in den Ländern und Kommunen „ankommen“ und wirksam werden. Dazu muss die Bedeutung und Verbindlichkeit der europäischen Jugendstrategie erhöht werden. Denn europäische Mobilität und gelebte Vielfalt sind nicht nur ein Gewinn für die Berufsbildung und den europäischen Arbeitsmarkt. Sie sind politische Bildung und fördern sehr relevant die persönliche Entwicklung junger Menschen. Gemeinsame europäische Werte und die Bereitschaft zum Engagement der Jugend wachsen aus dem gemeinsamen Erleben, der Teilhabe in Europa. Und sie sind mehr als eine wirkmächtige Prävention gegen Rassismus und Populismus – sie sind die Basis für ein neues Europa.

Frankfurt, 18.01.2018
Beschluss des Vorstands

Fachlich verantwortlicher Referent:

Alexander Hauser
Jugendsozialarbeit & Europa
BAG KJS
Geschäftsstelle: Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
Weihbischof-Gnädinger-Haus
Alois-Eckert-Straße 6, 79111 Freiburg
Tel. 0761 8974-191, Fax. 0761 8974-381
Hauser@caritas-dicv-fr.de
<http://www.dicvfreiburg.caritas.de>